

Lichtenstein-Calluberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Niddlich, Bernsdorf, Nüsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurm, Niedermüllern, Nubshappel und Zirkheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlich-Amtsgerichtsbezirk

58. Jahrgang.

Nr. 279

Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

Dienstag, den 1. Dezember

Haupt-Infektionsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

1908

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtags nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 50 Pfennige, durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pf. Einzelne Nummern 10 Pfennige. Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Niddlich, Bernsdorf, Nüsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurm, Niedermüllern, Nubshappel und Zirkheim. Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 10 Pf. für auswärtige Inserenten mit 15 Pf. berechnet. Restloszahl 30 Pf. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 30 Pf. Gewerbeschluß Nr. 7. Inseraten-Nachnahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Stadtsparkasse Calluberg

verzinst alle Einlagen mit

3 1/2 %

Die an den ersten und letzten eines Kalendermonates bewirkten Spar-
einlagen werden für den vollen Monat verzinst.

Die Kasse ist geöffnet an jedem Werktage von 8 bis 12 Uhr vormittags
und von 2 bis 5 Uhr nachmittags. Die Kasse ist geschlossen von
mittags 8 bis nachmittags 8 Uhr.

Sparkasse Hohndorf

unter Garantie der Gemeinde.

Geschäftszeit 8-12 und 2-6 Uhr täglich.
Einlagenzinsfuß 3 1/2 Prozent.

Einlagen in den ersten 3 Tagen eines Kalendermonats werden noch für
den vollen Monat verzinst.

Die Einlagen werden streng geheim gehalten.

Das Wichtigste.

* Das Auswärtige Amt in Berlin hat über die Vorgänge in Prag, bei denen auch reichsdeutsche Studenten inhaftiert wurden, einen ausführlichen Bericht seines dortigen Generalkonsuls eingeholt.

* Zwischen Amerika und Japan ist ein Vertrag abgeschlossen, in dem die Integrität Chinas garantiert, eine Verständigung über die Politik beider Länder im Pazifischen Ozean erzielt und Konfliktsstoff aus der Welt geschafft wird.

* Ganz Paris spricht jetzt nur von der Nordaffäre Steinheil. Frau Steinheil befindet sich im Gefängnis, sie beteuert noch immer ihre Unschuld. Die öffentliche Meinung in Paris bezieht Frau Steinheil, auch den Präsidenten Faure durch Gift getötet zu haben.

* In dem Befinden König Carol von Rumänien ist eine wesentliche Verschlimmerung eingetreten.

* England soll der Türkei eine Garantie gegeben haben, ihr im Falle eines Krieges mit Österreich beizustehen.

* In Marianna (Bennin) haben durch eine Granatexplosion in der Werkstatt mehrere hundert Menschen den Tod gefunden.

* An die schwere Schiffstatastrophe bei Malta reiht sich eine neue. Der Manisa strandete der stützenbepflanzte „Bonning“, wobei wahrscheinlich hundert Mann ertrunken sind.

In letzter Stunde.

Auf der Tagesordnung der heute Montag nachmittags 2 Uhr im Ständehaus stattfindenden 149. öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages steht nunmehr die Schlussberatung über die Berichte und Anträge zur Wahlrechtsreform. Wohl noch nie ist der Beratung einer Vorlage im Dresdener Ständehaus ein gleich großes Interesse entgegen gebracht worden, wie diesmal. Sind doch alle Kreise der sächsischen Bevölkerung auf das lebhafteste an der Wahlrechtsreform für den sächsischen Landtag interessiert und sowohl der sächsische Arbeiter, als auch der Beamte und der Vertreter der Industrie und der Wissenschaft haben das größte Interesse an dem Zustandekommen eines Wahlgesetzes, das gegen das jetzige einen Fortschritt und eine Verbesserung bedeutet.

Man mag nun über die Vorschläge der sächsischen Staatsregierung und die Kompromisse denken wie man will, jedenfalls muß man zugeben, daß diese Vorschläge, wenn man ihre Grundzüge mit denjenigen des jetzt noch geltenden Wahlgesetzes vergleicht, eine ganz entschiedene Verbesserung bedeuten. Es erübrigt sich, heute nochmals auf die Einzelheiten der Regierungs- und Deputationsvorschläge einzugehen, denn sie sind bekannt genug und zur Genüge in der Presse durchgesprochen.

An den Mitgliedern der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages wird es nunmehr liegen, dem Lande ein neues und tatsächlich besseres Wahlrecht zu geben, das geeignet ist, die bestehenden Unvollkommenheiten zu beseitigen, oder ob der bisherige Zustand bestehen bleiben soll. Jedenfalls kann man den Vertretern unseres Volkes bei der bevorstehenden Beratung dieses außerordentlich wichtigen Gesetzes nur dringend zum Frieden raten, damit das Land nicht wiederum das Schauspiel der in den letzten Tagen

leider mehrfach hervorgetretenen Zerrissenheit und Zerrissenheit in der Zweiten Kammer hat. Alle persönlichen Differenzen müssen angesichts der außerordentlich einschneidenden Bedeutung der Vorlage beiseite gelassen werden und man darf wohl das Vertrauen in die Führer der großen Parteien setzen, da sie nach dieser Richtung hin ihren Einfluß in weitgehendster Weise geltend machen.

Ein erspriechliches Resultat kann aber nur ein Wahlgesetz genannt werden, das zwar die staatsrechtlichen Elemente vor einer Majorisierung durch die staatsrechtlichen schlägt, aber gleichzeitig die im Volke vorhandenen Kräfte in möglichst weitem Umfange für die Volksvertretung verwertet, durch gerechte Verteilung des Wahlrechts verhältnismäßig und so die Freude und das Interesse der Bürger an Staats- und an der gesetzgeberischen Arbeit der Stände vermehrt. Möge sich die Regierung, sowohl wie die Mehrheit der Kammer noch in letzter Stunde darüber klar werden, daß das sächsische Volk unter allen Umständen ein freies und gerechtes Wahlrecht begehrt, und daß der allgemeine Volkswille dahin geht, es lieber bei dem gegenwärtigen Wahlrecht vorderhand bewenden zu lassen, wenn das neue Wahlgesetz keine sicheren Bürgschaften für die Wiederkehr von Beruhigung und Zufriedenheit im Lande gewähren kann.

Deutsches Reich.

Bresden. Zur Landtagsstrife. Die von der sächsischen Zeitung verbreitete Meldung, daß der Staatsminister Dr. Graf von Hohenhausen gleich nach Erledigung der Wahlrechtsreform von seinem Amte zurückzutreten beabsichtige, weil er ausmüde sei, ist, wie das sächsische Bureau von zuständiger Seite zu erklären ermächtigt ist, unrichtig. Der Minister ist weder ausmüde, noch trägt er sich mit Rücktrittsansuchen.

— (Aus dem Reichsrat.) Der Etat für das sächsische Militärkontingent weist an Einnahmen im ordentlichen Etat 389.500 Mark mehr 10.500 Mark nach. Die ordentlichen Ausgaben betragen 484.581.45 Mark weniger 282.4 Mark. Es erscheinen die entweichenden Forderungen an neuen laufenden Bedürfnissen und aus Anlaß der dauernden Festlegung der zweijährigen Dienstzeit. Die einmaligen Ausgaben betragen 8619.911 Mark weniger 4.26.202 Mark. Für Neubau und Ausbesserung einer Kaserne nebst Zubehör für eine Eskadron Kavallerie in Tschob werden als zweite Rate für Baubeginn 370.000 Mark, zur Beschaffung von 741 Reitpferden, für einen 1910 zu errichtenden Kavalleriebrigadestab, sowie für ein in demselben Jahre zu errichtendes Kavallerie-Regiment von niedrigem Etat als erste Rate 382.800 Mark, für die Einführung eines neuen Brückengerätes bei den Pionierformationen als erste Rate 307.250 Mark gefordert. Ein außerordentlicher Etat ist nicht vorhanden.

Berlin. Der Reichstag beendete am Sonntag die erste Sitzung über die Reichsfinanzreform und verwies die Finanzvorlagen an eine besondere Präludiale Kommission. Schon die erste Sitzung ist nicht vorüber gegangen, ohne daß einige scharfe Leiden auf dem Wege liegen geblieben sind. Man darf wohl die Steuer auf Gas und Elektrizität als völlig abgelehnt ansehen. Auch von der Zuckersteuer ist anzunehmen, daß sie manglos im Ortus ver-

schwinden wird. Ebenso ist kaum daran zu denken, daß die Versuche, allmählich in die Bahnen von Staatsmonopolen hinüber zu lenken, einen praktischen Erfolg haben werden. Weder das Branntweinmonopol, noch die Zigarettenbanderolensteuer, die ja nur die Vorstufe des Tabakmonopols wäre, dürften sich als durchführbar erweisen. An ihre Stelle werden weniger ansehnliche Steuerformen treten, soweit es nicht gelingt, die finanziellen Ansprüche der Reichsregierung überhaupt wesentlich zu reduzieren. An einen völligen Verzicht auf Verbrauchssteuern ist allerdings nicht zu denken; nur ist es noch ungewiß, in welcher Gestalt schließlich Branntwein, Bier, Wein und Tabak zur Sanierung der Reichsfinanzen herangezogen werden können.

— Der Parievaikalon hat seine vierte Brühungsfahrt, die einer Messung der Jahrgeschwindigkeit galt, gut bestanden, so daß seiner Abnahme durch das Kriegsministerium nichts mehr im Wege steht.

— Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin gab dem Liberalen Wahlverein für beide Mecklenburg gegenüber seinem Willen, die Verfassungsreform durchzuführen, lebhaften Ausdruck.

— Zu was sich die Zentrumsprezessehergericht, in ihrem fanatischen Haß gegen die Reichsregierung, jetzt eine Londoner Korrespondenz, welche die Augsburger Postzeitung kritisch aufgenommen hat. Es wird darin mit unverkennbarer Freude am Widersitzen aneinander gesetzt, wie tief die seitens der Türkei erfolgte Vergebung von Munition und Munitionslieferung an deutsche Firmen in Österreich-Ungarn verstimmend wirken müsse; die ausgeschriebene englische Konkurrenz habe vom Londoner Auswärtigen Amte den Trost erhalten, diese Lieferungen seien deshalb an deutsche Firmen vergeben worden, um Österreich-Ungarn gegen Deutschland noch mehr anzubringen, als es durch die nebelhafte Weltnotiz des Kaisers und das gefällige Kate-Interview bereits der Fall sei. Auf diese Art werde dann die Bewegung gegen das Bündnis mit Deutschland in Österreich-Ungarn noch wesentlich verhärtet. In dieser kritischen Publikation in einer deutschen Zeitung, und wenn sie auch ein Zentrumsblatt allerhöchster Richtung ist, kann man nur herabst. „Bini Zentri“ sagen!

— Die Vöschungsarbeiten auf der Zeebe Kadob. Die Bergwerksgesellschaft Friede teilte mit, daß die Ausführung von Wasser in die Zeebe Kadob nunmehr beendet ist. Die Zeebefläche liegt 200 Meter unter See, das ist 200 Meter über der obersten Zeebe. Auf Anordnung der Bergbehörde sollen die Entleerungsarbeiten erst nach 14 Tagen begonnen werden, damit mit Sicherheit anzunehmen ist, daß jedes Feuer, das vielleicht auch tief in die stollenhöhe einzuweichen sein könnte, erloscht ist. Die dann vorzunehmenden Arbeiten sind in einer sonntags am 27. dieses Monats nach eingehender Besprechung zwischen Kommissaren des Handelsministers, des Oberbergamtes und der Zeebebehörde mit den Vertretern der Bergwerksgesellschaft Friede schaeleg worden. Wie schnell alsdann die Aufräumungsarbeiten vor sich gehen können, läßt sich noch nicht übersehen.

— Die Ausschreitungen tschechischer Studenten in Prag, bei denen am Sonntag und Sonntag auch reichsdeutsche Studenten inhaftiert